

Die Europäische Gemeinschaft vollendet ihren Binnenmarkt bis 1992

Der Riesenmarkt

Von Michael G. Möhnle

Straßburg. Frage an den Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors: „In Europa soll bis Jahresende 1992 schrittweise ein gemeinsamer Markt geschaffen werden. Denken wir uns einen Moment in das Jahr 1993. Was wird sich am Alltag der Europäer verändert haben?“

Antwort: „Vieles. Zunächst einmal die Freizügigkeit für die Menschen: Studenten werden die Möglichkeit haben, sich in einer europäischen Universität ihrer Wahl zu immatrikulieren; Arbeiter und Angestellte, auch in führenden Positionen, können sich ihre Tätigkeit auf dem gesamten europäischen Arbeitsmarkt suchen; für Zahnärzte und Versicherungsagenten besteht dann völlige Niederlassungsfreiheit. Für die Unternehmen bedeutet dies schließlich den Zugang zu einem Markt von 320 Millionen Verbrauchern und den Abbau von bürokratischen Hemmnissen“.

Das klingt gut. Ist eine tolle Sache. Soll auch wahr werden. Nur, so richtig daran glauben kann noch niemand. Dem steht gegenüber das heutige Bild der EG: Warteschlangen an den Grenzen, Brennerblockade, Handelshemmnisse und -hindernisse technischer, rechtlicher, administrativer und fiskalischer Art. Nationale Bürokraten verteidigen ihre Tintenburgen in den Hauptstädten wie die Christen Wien vor der Eroberung der Türken. Den 20000 Beamten und Bediensteten der Europäischen Gemeinschaft steht ein Millionenheer von Staatsdienern in den Mitgliedstaaten gegenüber. Ein ungleicher Kampf.

Über 600 nationale Expertenteams haben bereits EG-Kommission und Ministerrat in Brüssel eingekreist und wollen bei allen Entscheidungen mitreden. Erfolg: Lahmlegung des europäischen Apparates. Bevor eine europäische Entscheidung kommt, will noch schnell jeder seine Interessen gewahrt wissen. Und wenn dann gar nichts mehr geht, trifft man sich auf europäischen Gipfelkonferenzen. Dann müssen sich ausgewachsene Staats- und Regierungschefs mit Oli-

ven- und Getreidepreisen, Schrauben großen und Paßformularen herumschlagen.

Gegen diese Verhältnisse hat sich in erster Linie das Europäische Parlament zur Wehr gesetzt. Schließlich hat es ja vom Bürger den Auftrag bekommen, Europa zu vereinen. Auch hier war man zunächst mit anderen Problemen beschäftigt: Süderweiterung um Griechenland (1981), Spanien und Portugal (1986), drei Völker, drei neue Sprachen, neue Interessenskonflikte. Aber auch das hat sich jetzt eingespielt. Doch ein Kraftakt ist jetzt am Gelingen: Die Reform der Europäischen Gemeinschaft. Genauer: Der Römischen Verträge durch die sogenannte Einheitliche Europäische Akte, die nur noch von Irland ratifiziert werden muß.

Zwei ganz wesentliche Dinge werden dort klar vertraglich festgehalten: Die Vollendung des Binnenmarktes bis 31. Dezember 1992 – also in fünf Jahren – und die stärkere Beteiligung des Parlamentes an der Gesetzgebung. Ein Beschluß der europäischen Staats- und Regierungschefs vom Dezember 1986 in Luxemburg hat wieder Dynamik in den festgefahrenen europäischen Apparat gebracht. Zwei Jahre kämpfte das Europaparlament in Straßburg, bis es diesen Erfolg erzwang.

Die Ausgangslage war klar: Gelingt es der Gemeinschaft nicht, möglichst schnell alle Voraussetzungen zu schaffen, damit sie mit den Konkurrenten in USA und Japan schritthalten kann, wird Europa zu einem riesigen Zulieferbetrieb für Nippon und Onkel Sam herabdegradiert. Man kann es auch bildlich darstellen: Drei Rennläufer stehen am Start. Jeder hat auf seiner Bahn die gleiche Entfernung zurückzulegen. Während Amerikaner und Japaner freie Bahn vor sich haben, muß der Europäer noch einen Rucksack mit zwölf großen Steinen auf dem Rücken tragen. Keine Frage: Bei diesen Bedingungen kann Europa nicht Sieger werden.

120 Millionen Japaner und 240 Millionen Amerikaner haben erschlossene und freie Wirtschafts- und Absatzmärkte. Die 320 Millionen Europäer in der EG haben zwar schon 1968 begonnen die Zölle untereinander aufzuheben. Dies gilt heute genauso für die 1973 dazugekommenen

Britten, Dänen und Iren, wie auch – in einem Stufenplan – für Griechen, Portugiesen und Spanier. Aber trotzdem verursachen unterschiedliche Steuersätze Handelshürden und Kontrollen an den EG-Binnengrenzen.

Die Regelsätze bei der Mehrwertsteuer bewegen sich bei den Mitgliedstaaten der EG von 12 (Luxemburg) über 14 (Bundesrepublik) bis 23 Prozent (Irland). Dabei erreicht aber zum Beispiel Italien Spitzensätze von 38 Prozent. Für andere Steuerarten liest es sich im Weißbuch der Kommission zur Vollendung des Binnenmarktes so: „*Verbrauchssteuern*. Für die Verbrauchssteuern auf Tabakwaren, alkoholische Getränke und Mineralöle ist der Anwendungsbereich in den Mitgliedstaaten einigermaßen gleich. Die große Ausnahme ist Wein. In Italien und Griechenland wird Wein nicht besteuert, in Deutschland nur Schaumwein und in Luxemburg nur eingeführter Wein. Ebenso sind manche Mineralölzeugnisse in einigen Mitgliedstaaten frei, beispielsweise schweres Heizöl in Belgien, leichtes Heizöl in Belgien und Luxemburg, Schmieröle in Belgien, Frankreich und den Niederlanden.“

Mindestens 300 europäische Verordnungen, sprich Gesetze, sind nach Schätzungen der EG-Kommission notwendig, um dem europäischen Binnenmarkt einen freien Fluß von Kapital, Waren und Dienstleistungen zu ermöglichen. Die Zahl der Steuerarten müssen koordiniert und die Steuersätze angeglichen werden. Eine der großen Aufgaben zur Vollendung des Binnenmarktes.

Das Europäische Parlament ließ von EG-Experten einmal schätzen, was die vielen nationalen Hürden, Kontrollen und Hemmnisse alljährlich den Volkswirtschaften der Gemeinschaft kosten. Ergebnis: 55 Milliarden ECU, über 110 Milliarden DM. Die EG-Kommission schätzt, daß die administrativen Handelshemmnisse allein fünf bis zehn Prozent des Warenwertes ausmachen. Jeder EGBürger zahlt dafür jedes Jahr einen vollen Wochenlohn. Präsident Jacques Delors beziffert den Volkswirtschaftlichen Verlust, der durch das Fehlen eines wirklich großen europäischen Marktes entsteht, auf jährlich etwa zwei Prozent des Brutto-sozialproduktes aller zwölf EG-Länder. Das heißt: Das nicht funktionsfähige Eu-

ropa kostet den Mitgliedstaaten mehr, als zur Zeit die EG die nationalen Kassen beansprucht. Eine Ungeheuerlichkeit wenn man bedenkt, wie negativ sich immer noch manche Länder und Regionen gegenüber der EG verhalten.

Die Dimension eines vollendeten europäischen Marktes bedeutet auch für die Beschäftigung ungeheure Vorteile. Produktionsziffern nicht mehr nur für 60, sondern für 320 Millionen Menschen, ermöglichen ein ganz anderes Wirtschaften und Vermarkten. Arbeitsplätze könnten über Generationen gesichert werden. Dabei gilt es folgende Entwicklung zu sehen: Was 1959 — zwei Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge — als deutscher Gesamtexport in die Gemeinschaftsländer ging, floß 1983 allein als Handelsbilanzüberschuß in unsere Kassen. Pro Arbeitstag waren das rund 80 Millionen DM: Mehr als die Hälfte der Jahresproduktion des Volkswagenwerkes.

Ein Produktionsvolumen von 25 Mrd. DM garantiert rund 400 000 deutsche Arbeitsplätze. Der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit bleiben dadurch Ausgaben von fast sieben Milliarden DM jährlich erspart und der deutschen Sozialversicherung fließen dadurch drei Milliarden DM jährlich zu. Ohne Europäische Gemeinschaft, so schätzt man im Deutschen Bundestag, würde die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland auf sieben Millionen steigen!

Wer kann da noch davon sprechen, daß die Deutschen die „Zahlmeister“ Europas seien? Eines ist klar: Die EG ist für alle Mitglieder ein Supergewinn. Kein nationales Land ist heute mehr in der Lage, mit den bestehenden oder kommenden kontinentalen Wettbewerbsgrößen zu konkurrieren. Die Europäer werden und müssen sich zusammenschließen, wollen sie Weltspitze bleiben.

Ein großer Markt, mit starken Außenzollschranken, schafft im Innern auch stabile Preise. Nicht zuletzt die Schaffung des europäischen Währungssystems (EWS) 1979 und deren Rechnungseinheit ECU ist der eigentliche Grund, warum wir im letzten Jahrzehnt, trotz der Kurskapriolen des US-Dollar, keine Preisexplosionen erlebten. Der Arbeitsaufwand eines deutschen Industriearbeiters für den Kauf von Nahrungsmitteln ist im letzten Jahrzehnt ständig zurückgegangen. Waren 1970 für den Erwerb von einem Kilo Brot noch 18 Minuten Arbeit erforderlich, so betrug die Zeit 1980 nur noch elf Minuten. Für ein Kilo Rindfleisch ging die Arbeitszeit von über zwei Stunden auf eine Stunde zurück. Trotz aller Kritik an Fehlentwicklungen im Agrarbereich der EG heute, wurden die Lebensbedingungen der Bürger dieser Gemeinschaft ständig verbessert.

Ein europäischer Supermarkt braucht aber nicht nur den Abbau der Hindernisse und Hemmnisse, damit unsere Bindungen überflüssig werden. Er braucht auch eine eigene Währung. Auf diesem Ohr sind die Deutschen noch vollkommen taub. Natürlich werden die Nationalstaaten nicht von heute auf morgen eines ihrer letzten großen Souveränitäten, die Geldschöpfung, aus der Hand geben. Bis jetzt ist ja noch nicht einmal Großbritannien dem EWS beigetreten. Noch ist das Mißtrauen da, daß der Nachbar auf Kosten des anderen Nachbarn eine Inflationspolitik betreiben könnte. Aber den Deutschen muß auch ins Stammbuch geschrieben werden, daß die harte deutsche Mark ohne das EWS heute mindestens 10 Prozent härter wäre und unsere exportorientierte Wirtschaft größte Einbußen zu verzeichnen hätte.

Der eine Schritt geht nicht ohne den anderen. Zu einer europäischen Währung gehört unabdingbar eine unabhängige, dem Zugriff einer Regierung verschlossene Notenbank. Im internationalen Wettbewerb ist der Kurs einer Währung Vertrauenssache. Verschuldung und schlechte Wirtschaftspolitik bedeuten sofort einen Kurssturz. Die Bundesrepublik hat die Inflation im Griff und betreibt eine stabile Wirtschaftspolitik. Aber auch Frankreich, Großbritannien und Italien haben sich in wenigen Jahren von zweistelligen Inflationsziffern zu normalen Werten hochgearbeitet. Eine beachtliche Leistung, die heute ohne weiteres den Schluß zuläßt, diese neu gewonnene Vertrauensbasis mit einer gemeinsamen Währung zu krönen.

Daß dies nur parallel mit der Stärkung der europäischen Institutionen und der Schaffung einer europäischen Autorität in Fragen von Wirtschaft und Handel, Sicherheit und Außenpolitik zu machen ist, ist selbstverständlich. Aber ohne diesen Schritt bleibt Europa immer im Windschatten anderer Kräfte. Eine künftige Europäische Währung würde die Zwölf unabhängig machen von Dollar-Spekulationen und könnte ihnen erlauben, ihre Rohstoffe mit europäischem Geld zu bezahlen. Die Einsparungen wären riesig.

Die Schaffung und Vollendung des EG-Binnenmarktes ist aber nicht nur allein eine wirtschaftliche Leistung. Die politische Kraft, die dafür in den zwölf Mitgliedstaaten mobilisiert werden muß, bringt den Motor der europäischen Einigung wieder auf Touren. Vorausgesetzt, die Mitgliedsregierungen und Parteien in den EG-Ländern verstehen es, den Bürger darauf vorzubereiten und auch selbst zugunsten der Gemeinschaft auf vordergründige Machtansprüche und so manches Privileg zu verzichten. Wenn jeder nur sein Interesse verteidigt und die EG verteuert, sobald er zum Kompromiß aufgefordert wird, schaffen diese neuen Kräfte nur neue Spannungen und Risse im Einigungswerk, die sogar zum Bruch führen können.

Dabei weiß jeder, daß es keinen Weg mehr zurück gibt. Die ganze Welt schaut auf Europa und darauf, ob es den zwölf Demokratien gelingt, ihr Jahrhundertwerk zu vollenden. Wie war es denn Anfang der 50er Jahre? Ein Grenzgänger brauchte für eine Reise von Kehl nach Straßburg — eine Strecke von 5 Kilometern — rund 50 Stunden, bis alle Zollpapiere ausgefüllt und die peinlich genauen Kontrollen überwunden waren. Heute sind den Bürgern schon zehn Minuten Wartezeit an den Grenzen zuviel. Mit Recht. Noch ein Vergleich: Anfang der 50er Jahre verbrachten nur 30 Millionen Europäer ihren Urlaub in einem anderen EG-Land. Heute sind es rund eine Milliarde jährlich.

Die Vollendung des Binnenmarktes setzt nicht nur die Volkswirtschaftlichen Kräfte in eine neue Dimension. Die Europäer wachsen noch näher zusammen. Leistung und Kreativität bekommen Größenordnungen, die sicherlich auch eine neue kulturelle Blüte dieses alten Kontinents ermöglichen. □